

Palmöl und

Land Grabbing

Fakten und Basisinformation

- 2 Palmöl als Treiber für Land Grabbing
- 4 Die Rolle von Finanzdienstleistern im Palmölgeschäft
- 6 Indonesien – weltgrösster Produzent von Palmöl
- 8 Finanzdienstleister haben eine Sorgfaltspflicht
- 10 Schweizer Finanzdienstleister unterstützen Land Grabbing
- 12 Credit Suisse – wichtigster Schweizer Finanzdienstleister
- 14 Die Nachhaltigkeitsstandards der Credit Suisse
- 16 Credit Suisse und das Abholzen von Regenwald
- 21 Safra-Gruppe besitzt Aktien der umstrittenen IOI Corporation
- 23 Die Forderungen von *Brot für alle* und *Fastenopfer*



BROT FÜR ALLE FASTENOPFER



Palmöl als Treiber für Land Grabbing

Geerntete Ölpalmfrüchte in einem indonesischen Dorf: die globale Palmölproduktion hat schwerwiegende Folgen für Mensch und Umwelt. | © Brot für alle/Urs Walter

Die Palmölindustrie ist eine weltumspannende Industrie. Sie produziert fast ein Drittel des global verfügbaren Speiseöls. Vor allem aber wächst sie sehr schnell und beansprucht immer mehr Land. Die Nachfrage nach Palmöl hat sich seit 1960 alle zehn Jahre verdoppelt – mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung vor Ort und die Umwelt.

Warum wurde die Ölpalme zu diesem Treiber von Land Grabbing? Ein erster Grund sind die Eigenschaften der Ölpalme, welche sie im gegenwärtigen Landwirtschaftssystem zu einer sehr profitablen Pflanze machen. Die Ölpalme ist eine äusserst ertragreiche Ölpflanze. Gemäss dem [WWF Deutschland](#) liefert sie je Hektar 3,3 Tonnen Rohöl. Raps (0,7 t/ha), Sonnenblumen (0,7 t/ha) oder Soja (0,7 t/ha) bringen weit weniger Ertrag auf gleicher Fläche. Zweitens ist die Ölpalme eine sogenannte Flexcrop, also eine Pflanze, deren Öl sehr vielseitig verwendet werden kann (siehe Grafik 1). Das macht sie gerade in volatilen Weltmärkten zu einem beliebten Investitionsobjekt. Palmöl dient hauptsächlich als Pflanzenöl in der Lebensmittelindustrie. Daneben findet es aber auch als Frittieröl, Tierfutter, Agrotreibstoff oder als wichtiger Inhaltsstoff in Kosmetika und Waschmitteln Verwendung. Und es ist kein Ende in Sicht: Eine [Studie von Grand View Research](#) schätzt, dass die globale Nachfrage nach Palmöl im Jahr 2022 bei 123 Millionen Tonnen liegen wird (2014 waren es 74 Millionen Tonnen).

Grafik 1 | Palmöl wird in den unterschiedlichsten Alltagsprodukten verwendet



Quelle: Friends of the Earth US (2016): [Are You Invested in Exploitation?](#)

Der dritte Grund und das grosse Problem: Ölpalmen gedeihen nur in einem begrenzten ökologisch-klimatischen Gebiet – im tropischen Gürtel, zwischen den 7. Breitengraden südlich und nördlich des Äquators (siehe Grafik 2). Sie benötigen zudem regelmässige üppige Regenfälle. So konzentriert sich die wachsende Nachfrage nach Land auf Südostasien, Zentralamerika und den Norden Lateinamerikas sowie die tropischen Gebiete Afrikas.

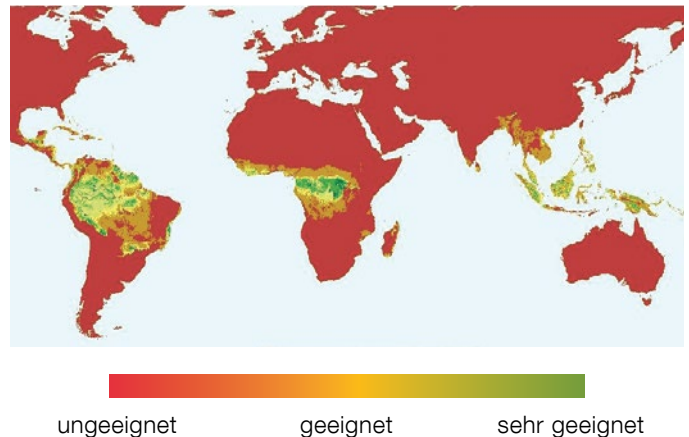
Die gesteigerte Nachfrage nach Palmöl wirkt umso einschneidender, weil die Palmölkonzerne fast ausschliesslich auf Flächenausweitung statt Intensivierung setzen. So steigt auch der Bedarf an geeignetem Land enorm an. Zwischen 1990 und 2010 hat die Fläche, auf der weltweit Palmöl angebaut wird, von 6 auf 16 Millionen Hektar zugenommen. Das sind 10 Prozent des weltweiten Landes, welches mit mehrjährigen Pflanzen (wie zum Beispiel Reben, Forst oder Obst) bebaut ist.

Das Land in diesen Gebieten ist sehr fruchtbar. Es wird seit Generationen genutzt – entweder von Kleinbauernfamilien oder von Menschen, die vorwiegend im und vom Wald leben. Ausserdem beherbergen diese Gebiete mit Regenwald oder Sumpfland eine grosse Biodiversität. Das Wettrennen um Land führt dazu, dass die Palmölkonzerne um fast jeden Preis versuchen, möglichst viel Land für Plantagen zu erwerben. Dafür aber müssen sie Kleinbäuerinnen und -bauern, lokale Eliten und Regierungen dazu bringen, ihnen das Land zu überschreiben. Finanzielle Anreize und verschiedene Versprechen sind dabei ein beliebtes Instrument. Allzu oft geschieht die Landnahme aber mit unlauteren Mitteln, wie die Recherchen von *Brot für alle* und ihren Partnerorganisationen im Süden zeigen.

Land Grabbing und seine Folgen

Die Folge der wachsenden Nachfrage nach Palmöl und der rasant über das Land wuchernden Ölpalmplantagen ist, dass Menschen durch Firmen oder Regierungen von ihrem Land vertrieben werden. In Indonesien beispielsweise, genauer in Kalimantan auf der Insel Borneo, betrifft das die indigenen Dayak. Dort und andernorts wird zugleich die Umwelt zerstört: Regenwald wird abgeholzt, was zum Verlust der Biodiversität und zum Tod von Tieren führt (sehr gefährdet sind Orang-Utans). Eine weitere Folge sind die Emissionen von klimaaktiven Gasen. Im Jahr 2010 allein hat die Rodung von Land für Ölpalmplantagen in Kalimantan mehr als 140 Millionen Tonnen CO₂ freigesetzt – mehr als der jährliche Ausstoss von 28 Millionen Autos.

Grafik 2 | Der für den Ölpalmanbau günstige tropische Gürtel



Quelle: <http://global.mongabay.com/news/bioenergy/2007/10/malaysian-palm-oil-surges-as-crude.html>

Zurzeit sind Indonesien und Malaysia die Zentren des globalen Ölpalmanbaus. Dort werden zusammen rund 85 Prozent der weltweiten Palmölmenge produziert. Entsprechend hoch ist die wirtschaftliche Abhängigkeit der beiden Länder vom Palmöllexport. Indonesien ist seit 2008 der weltgrösste Palmölproduzent. Die Fläche mit Ölpalmplantagen weitete sich seit 1990 von 0,7 Millionen Hektar auf heute 13,5 Millionen Hektar aus. Pläne der indonesischen Regierung sehen eine weitere Expansion der Flächen um die Hälfte auf rund 22 Millionen Hektar bis 2020 vor. Geeignetes Land wird immer knapper. So rücken neue Länder in den Fokus: Brasilien, Kolumbien, Peru sowie Staaten in Zentralamerika, Zentral- und Westafrika. Die Organisation Proforest schätzt, dass in Zentral- und Westafrika in den nächsten fünf Jahren 22 Millionen Hektar in Ölpalmplantagen umgewandelt werden.

Land Grabbing führt somit überall zu neuen Konflikten – oder intensiviert bereits bestehende. 2013 registrierte das Nationale Landbüro für Indonesien 3000 Konflikte zwischen Palmölkonzernen und lokalen Gemeinschaften. Die Zahl nicht dokumentierter Fälle ist vermutlich nochmals um einiges höher. Oft liegt das Problem darin, dass Regierungsstellen Land an Firmen vergeben haben, ohne das Einverständnis der Menschen einzuholen, die auf diesem Gebiet leben. Deren Rechte auf dieses Land werden also nicht anerkannt. Immer mehr Menschen wehren sich dagegen – und werden dafür oft wie Kriminelle behandelt.





Die Rolle von Finanzdienstleistern im Palmölgeschäft

Jedes Jahr werden auf der Insel Borneo riesige Flächen mit Ölpalmen bepflanzt. Die Plantagen drängen den Regenwald und die Ackerbauflächen der lokalen Bevölkerung immer weiter zurück. | © Brot für alle/François de Sury

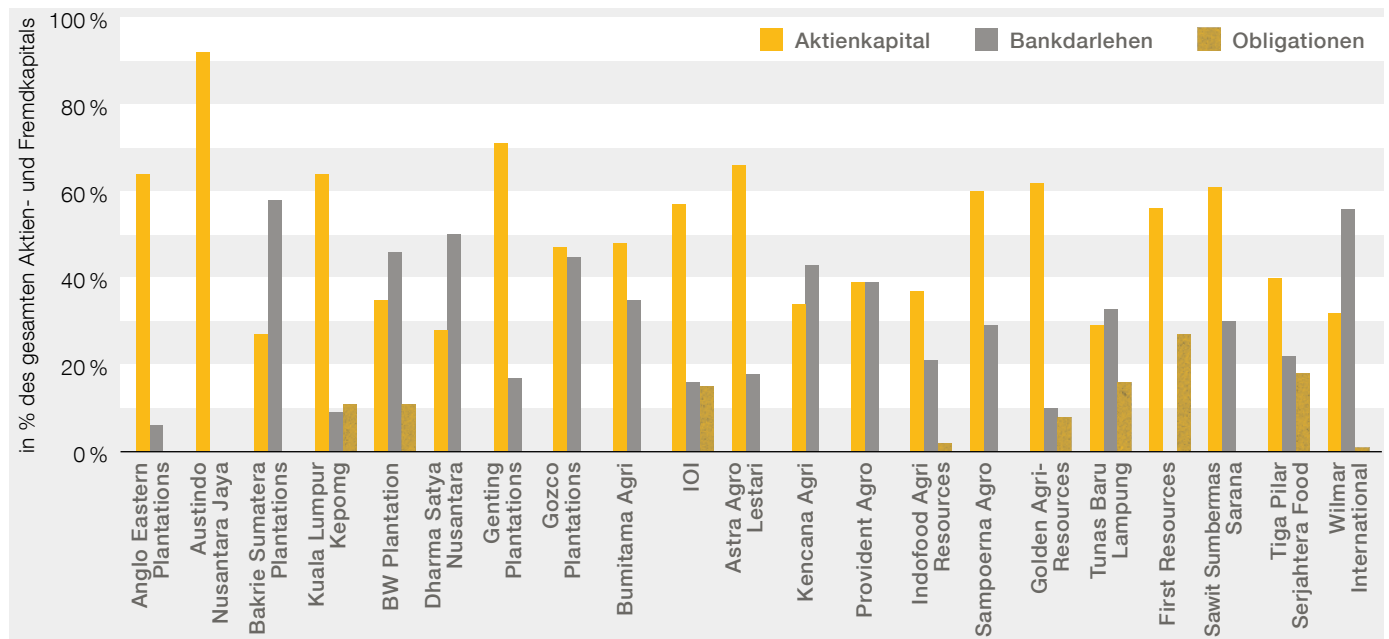
In den letzten Jahren läuft das Geschäft mit Palmöl wie geschmiert. Nationale und internationale Konzerne weiten ihre Monokulturen mit Ölpalmen rasant aus. Das erfordert hohe Investitionen und ermöglicht Banken und Finanzinstitute vielfältige Geschäfte. Auch Schweizer Geldinstitute verdienen mit.

Investitionen in der Palmölindustrie haben in den letzten Jahren massiv zugenommen (siehe Beitrag «Palmöl als Treiber von Land Grabbing»). Dafür benötigen die grossen Konzerne viel Kapital. Banken, Investmentfonds, Pensionskassen, Versicherungen, etc. – hier als Finanzdienstleister zusammengefasst – gehören zu den wichtigsten Kapitalgebern der Branche. Neben der direkten Finanzierung betreuen Banken auch die Ausgabe von Aktien oder Anleihen. Dadurch erhalten Palmölfirmen von Nahrungsmittelkonzernen oder Unternehmen aus dem Energiesektor (Palmöl zur Produktion von Agrotreibstoff) weiteres Kapital. Bei diesen Geschäften werden Milliarden von Franken bewegt, wovon auch Finanzdienstleister profitieren. Verlässliche Angaben zum Ausmass solcher Transaktionen sind aber praktisch nur von den grossen börsennotierten Konzernen öffentlich verfügbar. Dagegen ist es äusserst schwierig, Daten der vielen kleineren und vor allem der nicht-börsennotierten Unternehmen einzusehen.

Kredite und Darlehen: Die einfachste Art für Konzerne, neue finanzielle Mittel zu erhalten, ist über Bankdarlehen. Dazu gehören kurz- und langfristige Kredite oder spezifische Projektfinanzierung. Der Umfang dieser Finanzierungen für die Palmölindustrie ist – wie oben ausgeführt – schwer zu beziffern. Eine [Studie der niederländischen Nichtregierungsorganisation Fern](#) erfasst allein für 23 grosse Produzenten und Händler von tropischen Agrarprodukten (mehrheitlich Palmölkonzerne) von 2010 bis 2015 vermittelte Darlehen in der Höhe von rund 50 Mrd. US-Dollar. Hier sind vor allem Finanzinstitute aus Asien und der Europäischen Union stark im Geschäft. Sie sind je für knapp 40 Prozent der gewährten Darlehen zuständig.

Aktienemissionen: Ein Blick auf die Grafik macht deutlich, dass Palmölkonzerne sich nicht lediglich über Kredite und Darlehen aus der Finanzbranche finanzieren. Ein bedeutender Teil ihres Kapitals stammt aus der Emission von Aktien und Anleihen. So stellen die Aktionäre für 15 der 21 untersuchten indo-

Grafik 1 | So finanzieren sich die 21 grössten in Indonesien tätigen Palmölkonzerne (Stand 2014)



Quelle: Profundo & TuK Indonesia (2014): Tycoon-controlled oil palm groups in Indonesia

nesischen Palmöl-Holdings den wichtigsten Kapitalgeber dar. Da viele Aktien an der Börse gehandelt werden, engagieren sich neben den Banken vermehrt private sowie institutionelle Investoren (Investmentfonds, Pensionskassen, Versicherungen, etc.). Jede Emission neuer Aktien (und auch von Anleihen) wird in der Regel von einer oder mehreren (Investment-)Banken im Auftrag der Konzerne durchgeführt. Die Banken beraten bei der Preisfestsetzung und platzieren die neuen Aktien (und Obligationen) bei Investoren. Zumeist garantieren sie dem Konzern den Verkauf aller Aktien oder Obligationen. Für diesen Service werden sie mit einer Provision entschädigt. Die Finanzdienstleistungen der Banken erleichtern den Konzernen somit den Zugang zu den (internationalen) Kapitalmärkten. Wie umfangreich dieses Geschäft für die Banken ist, verdeutlicht die erwähnte Studie von Fern: 2010–2015 wurden im Auftrag der untersuchten Unternehmen Aktien- und Anleihsenmissionen in Höhe von 22,7 Mrd. US-Dollar durchgeführt.

Aktienhandel: Banken und Vermögensverwalter profitieren auch vom Handel mit Aktien und Anleihen oder indem sie selbst zu Aktionären von Palmölfirmen werden. Dies zeigt die immer grösser werdende Bedeutung der Palmölindustrie für internationale Finanzinstitute. Eine Studie des WWF nannte bereits 2012 für 68 in der Palmölindustrie tätige Unternehmen eine Marktkapitalisierung von rund 152 Mrd. US-Dollar. Seither wurde – vor

allem in Indonesien, aber nicht nur – weiter kräftig investiert. Dabei gelten asiatische Grossbanken als aktivste Käuferinnen von Aktien und Anleihen der Palmölindustrie.



Ölpalmen so weit das Auge reicht: Banken, Versicherungen und andere Finanzdienstleister haben in den letzten Jahren verstärkt in die Palmölindustrie investiert und so zur enormen Ausbreitung von Ölpalmplantagen beigetragen. | © Brot für alle/Urs Walter

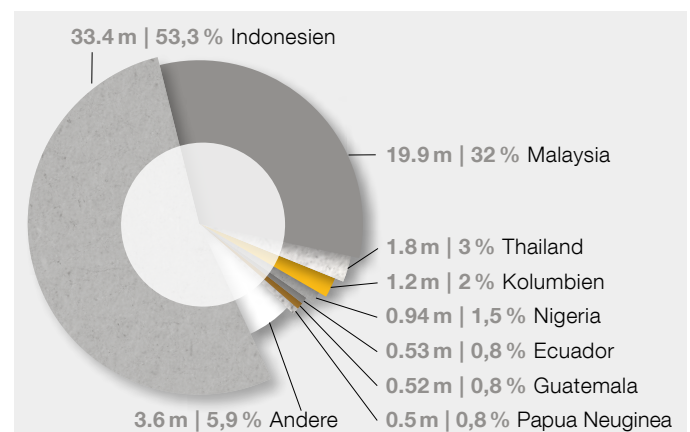


Ölpalmen auf einem Lastwagen in der indonesische Provinz West-Kalimantan: Palmöl ist mit Abstand das wichtigste Agrarprodukt Indonesiens. | ©Brot für alle/Miges Baumann

2015 wurden in Indonesien 33,4 Millionen Tonnen Palmöl hergestellt. Dies entspricht mehr als der Hälfte der weltweiten Produktion. Auf Rang zwei folgt Malaysia, mit einem Marktanteil von einem Drittel. Zusammen dominieren Konzerne in diesen beiden Ländern mit rund 85 Prozent Marktanteil die globale Palmölproduktion. Infolgedessen werden immer grössere Landflächen mit Ölpalmen bepflanzt.

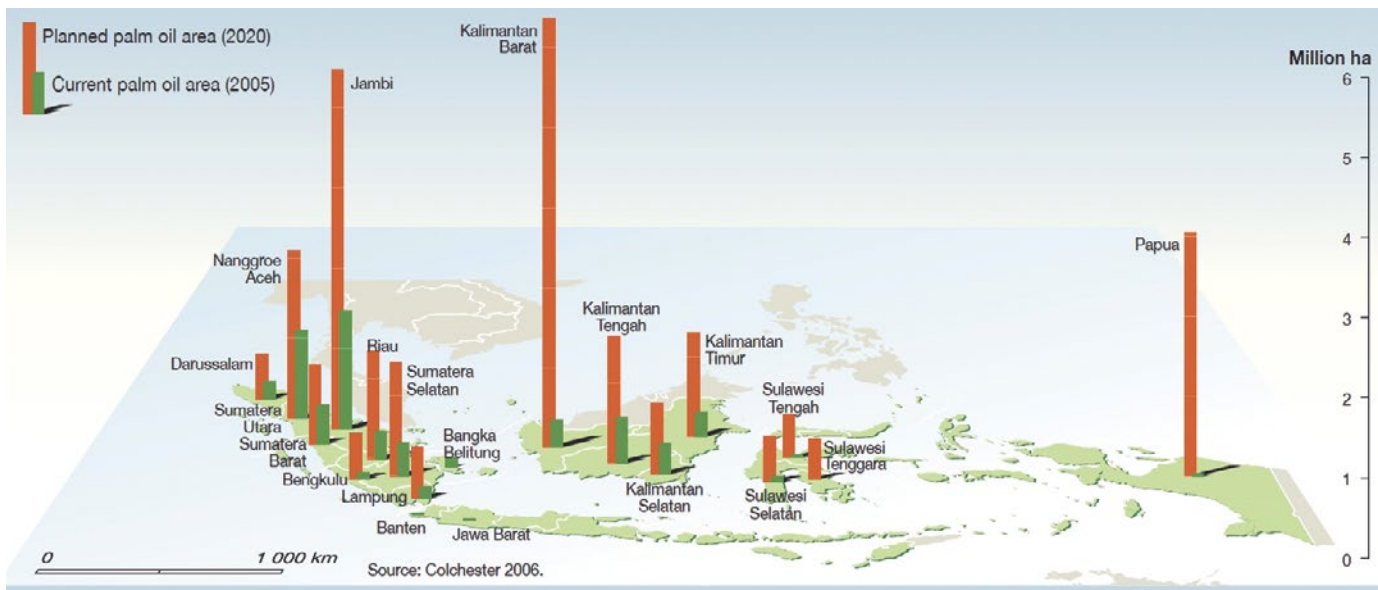
Waren es in Indonesien 2010 rund 8,4 Millionen Hektar Land, welches für Ölpalmplantagen genutzt wurde, stieg die Zahl im Jahr 2016 auf 13,5 Millionen Hektar. 2020 dürften es Schätzungen zufolge knapp 22 Millionen Hektar sein (Grafik 2). Die rasante Expansion der Produktionsfläche führt immer häufiger zu Landkonflikten (siehe dazu Beitrag «Palmöl als Treiber für Land Grabbing»). 2010 wurden in Indonesien 663 Landkonflikte dokumentiert, hauptsächlich auf Sumatra und Kalimantan, dem indonesischen Teil der Insel Borneo. Gemäss einer Studie betrafen diese Konflikte bereits im Jahr 2000 etwa 19,6 Millionen Menschen, rund 9 Prozent der Bevölkerung von ganz Indonesien.

Grafik 1 | Indonesien und Malaysia dominieren die globale Palmölproduktion



Quelle: <http://greenpalm.org/about-palm-oil/where-is-palm-oil-grown-2>

Grafik 2 | Expansion der Fläche für Ölpalmpflanzungen in Indonesien (2005 – 2020)



Quelle: <http://greenpalm.org/about-palm-oil/where-is-palm-oil-grown-2>

Die Flächen mit Ölpalmpflanzungen sollen in ganz Indonesien kräftig ausgeweitet werden. Die stärkste Flächenzunahme an Monokulturen für Ölpalmen erlebt gegenwärtig die Provinz West-Kalimantan. Die lokale Regierung erteilte 411 Palmölkonzernen Lizenzen für ein Gebiet von 5,5 Millionen Hektar Land. Zusätzlich gibt es Konzessionen für Bergbau auf 3,6 Millionen Hektar und für industrielle Holzplantagen auf 2,4 Millionen Hektar. Alle diese Lizenzen zusammen betreffen 85 Prozent der Gesamtfläche von West-Kalimantan. Diese grossflächigen Investitionen verursachen schwere Schäden an Mensch und Umwelt. Bodenerosion, Abholzung von Regenwald und Landkonflikte sind zu einem riesigen Problem geworden.

Die Zahl der Landkonflikte hängt auch mit der Struktur des indonesischen Palmölsektors zusammen. Eine kleine Zahl von Konzernen besitzt über verwinkelte Firmenkonstruktionen einen Grossteil der Ölpalmpflanzungen. Gemäss einer Studie von Pro-fundo kontrollierten 25 grosse Konzerngruppen im Jahr 2013 die Hälfte der mit Ölpalmen bepflanzten Fläche. Diese werden von internationalen Finanzinstituten, auch aus der Schweiz, mit Geldern versorgt (siehe Beitrag «Schweizer Finanzdienstleister unterstützen Land Grabbing»).



Die enorme Ausbreitung von Ölpalmpflanzungen in Indonesien macht auch vor Sumpf- und Torfgebieten nicht Halt – mit negativen Auswirkungen für Mensch und Umwelt. | © Brot für alle/Miges Baumann



Finanzdienstleister

haben eine Sorgfaltspflicht

Moore und Sumpfbereiche, welche enorme Kohlenstoffspeicher sind, werden für Ölpalmplantagen trockengelegt. Der austretende Kohlenstoff verbindet sich mit dem Sauerstoff der Luft, wodurch Unmengen klimaschädliches CO₂ freigesetzt wird. | © Brot für alle/Urs Walter

Global tätige Schweizer Banken wie die Credit Suisse oder J. Safra Sarasin haben in den letzten Jahren wiederholt hohe Investitionen in den Palmölsektor mitfinanziert. Dies war für die Finanzinstitute gewinnbringend. Jedoch müssen sie auch die Verantwortung übernehmen, welche sie durch dieses Engagement tragen. Sie stehen, wie die Palmölkonzerne auch, in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass Umweltschäden vermieden und die Menschenrechte eingehalten werden.

Die Palmölindustrie steht seit Jahren in der Kritik. Grund dafür sind massive ökologische und soziale Probleme, die sie durch das Abholzen von Regenwald, Land Grabbing oder die Missachtung von Menschenrechten verursacht. Mangelhafte staatliche Kontrollinstanzen in den Anbauländern begünstigen dabei die Palmölkonzerne bei ihren Machenschaften oder werden bewusst für illegales Vorgehen genutzt. Sie schwächen zugleich die Rechte und Chancen der betroffenen Menschen, gegen die Vergehen der Konzerne vorgehen zu können.

Ungenügender Rechtsschutz für die Lokalbevölkerung ist oftmals eine Folge von Korruption. So verweist der ehemalige Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, in einer [Studie](#) auf den Zusammenhang zwischen wahrgenommener Korruption in einem Land und dessen Anfäl-

ligkeit, grosse Landdeals mit negativen Auswirkungen auf die Rechte und Interessen der Landnutzer zu ermöglichen. Korruption beeinflusst demnach grossflächige Landübernahmen in verschiedenen Phasen des Prozesses: von der Abgrenzung und Betitelung der Landflächen, über den Verkauf oder das Pachten des Landes bis hin zur Sorgfaltspflicht der Investoren während der Implementierung der Projekte. Wirft man einen Blick auf die neuste Rangliste des Korruptionswahrnehmungsindex 2016 von Transparency International (siehe Grafik), so fällt auf, dass die wichtigsten palmölproduzierenden Staaten in der Regel mässig bis schlecht abschneiden.

Da Finanzdienstleister bei korrupten Praktiken meist als Intermediäre fungieren, stehen sie besonders in der Pflicht. Sie müssen sich ihrer zentralen Rolle bewusst sein und Verantwortung übernehmen. Nicht nur sollten sie ihre eigene Sorgfaltspflicht

pflicht stärker wahrnehmen, sondern vor allem auch ihre Geschäftspartner und deren Projekte strenger überwachen. Sie müssen (und können) dazu beitragen, dass ihre Kunden nicht auf illegale und korrupte Methoden zurückgreifen, sondern Rechte von Mensch und Umwelt respektieren. Ihre Sorgfaltspflicht bedeutet, Finanzdienstleistungen nur unter strengen Auflagen zu vergeben und deren Einhaltung konsequent einzufordern. Das geben auch verschiedene internationale Standards vor, welche sich mit sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit befassen:

Uno: Verschiedene Programme der Vereinten Nationen thematisieren die Pflicht von Finanzinstituten bezüglich sozialer und ökologischer Verantwortung. So betont das Hochkommissariat für Menschenrechte in den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, dass alle Wirtschaftsunternehmen, also auch Banken und andere Finanzdienstleister, sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen müssen. Weiter haben sich zahlreiche Finanzdienstleister im Zuge der Finanzinitiative des Uno-Umweltprogramms zu mehr Engagement in Richtung nachhaltiger Entwicklung bekannt.

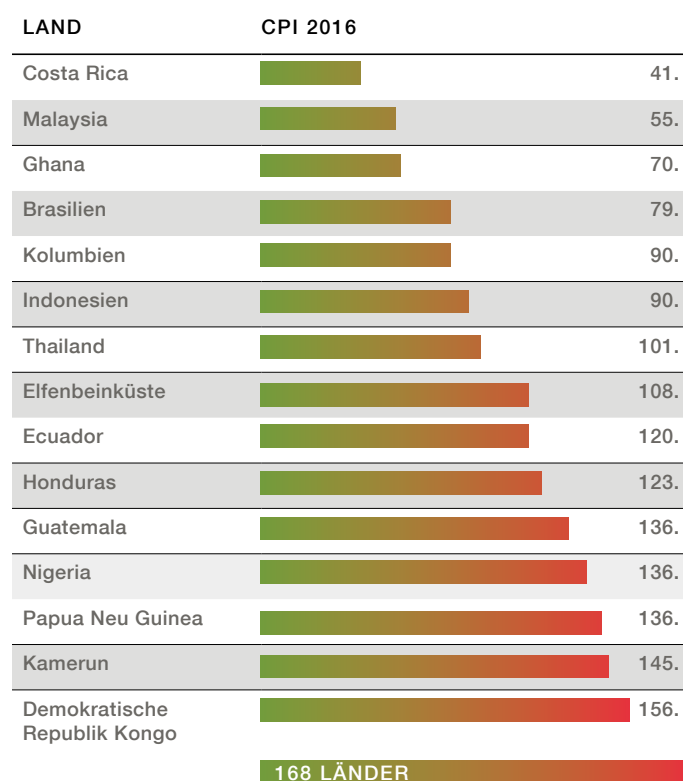
ILO-Übereinkommen 169: Dieses Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gilt bis heute als einzige rechtsverbindliche Norm, welche indigenen Völkern eine Vielzahl von Grundrechten garantiert. So sollen deren Lebensgrundlagen, Landrechte, Bräuche und Werte vor den globalisierten Wirtschaftsinteressen geschützt werden. Palmölkonzerne auf der ganzen Welt verstossen wiederholt gegen ILO 169. Dieses Übereinkommen bietet Finanzdienstleistern jedoch eine internationale vertragliche Grundlage, um die Aktivitäten ihrer Kunden besser zu kontrollieren.

Freiwillige Regelwerke: Neben diesen internationalen Richtlinien gibt es auch seitens der Finanzbranche einige wenige Initiativen zur nachhaltigen Geschäftstätigkeit. Ein Beispiel dafür sind die Äquator-Prinzipien, ein freiwilliges Regelwerk von heute 88 international tätigen Banken zur Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards bei Projektfinanzierungen. Gelder und Kredite sollen nur vergeben werden, wenn die kapitalempfangenden Konzerne umfassende Sozial- und Umweltverträglichkeitsprüfungen ihrer Projekte durchführen und Massnahmen gegen Rechtsverletzungen präsentieren. Doch diese Vorgaben

werden in der Realität kaum beachtet, wie auch die Recherchen von *Brot für alle* und ihrer Partnerorganisation Walhi auf Borneo ergeben haben.

Details zur eben erwähnten Recherche zu Umwelt- und Menschenrechtsverstössen durch Palmölkonzerne in Indonesien, sind im Beitrag «Credit Suisse hat das Abholzen von Regenwald mitfinanziert» zu finden.

Grafik 1 | Rangliste der grössten 15 palmölproduzierenden Staaten auf dem Korruptionwahrnehmungsindex von Transparency International (tiefer Rang bedeutet wenig Korruption)



Die Daten des TI-Korruptionswahrnehmungsindex stammen von der TI-Website: www.transparency.org/cpi2015#results-table. Die Daten der Palmölproduktion stammen vom United States Department of Agriculture (USDA)

1 Siehe dazu auch den Report of the Working Group on the issue of human rights and transnational corporations and other business enterprises.





Schweizer Finanzdienstleister

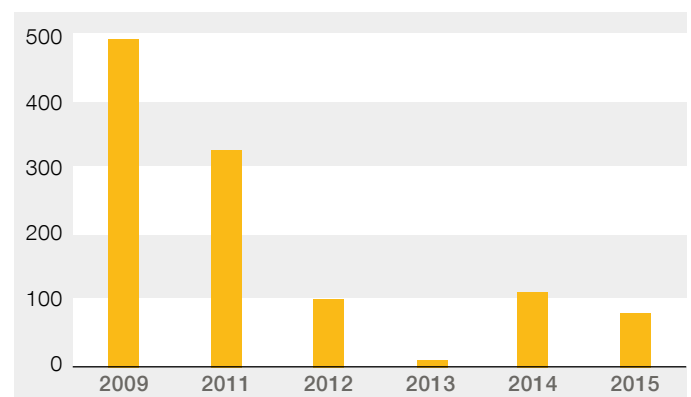
unterstützen Land Grabbing

Das Wachstum der Ölpalmpflanzungen in Indonesien wird auch durch die Dienstleistungen von Schweizer Finanzdienstleistern ermöglicht. | © Brot für alle/Miges Baumann

Palmölkonzerne verletzen auf ihren Ölpalmpflanzungen immer wieder internationale ökologische sowie soziale Standards und sind an Land Grabbing beteiligt. Diese Unternehmen beanspruchten in den letzten Jahren auch die Dienstleistungen von Schweizer Banken und weiteren Finanzinstituten. Die Summe solcher Finanzdienste von Schweizer Akteuren für die Palmölindustrie geht in die Milliardenhöhe.

Analysten von Profundo haben für *Brot für alle* die Finanzzahlen von 21 Palmölkonzernen¹ und deren Verbindungen zu 17 Schweizer Finanzdienstleistern² recherchiert. Demnach beliefen sich deren Geschäfte und Beteiligungen an den Palmölkonzernen im Zeitraum Januar 2009 bis August 2016 auf insgesamt 1,1 Mrd. US-Dollar (siehe Grafik 1). Darin enthalten sind sowohl die Dienstleistungen für Aktien- und Anleihsenemissionen als auch die gewährten Kredite (siehe dazu Beitrag «Die Rolle von Finanzdienstleistern im Palmölgewerbe»). Wie Grafik 2 zeigt, ist die Credit Suisse mit rund 900 Mio. US-Dollar an Krediten und Emissions-Dienstleistungen mit Abstand der wichtigste Schweizer Finanzakteur im Palmölsektor.

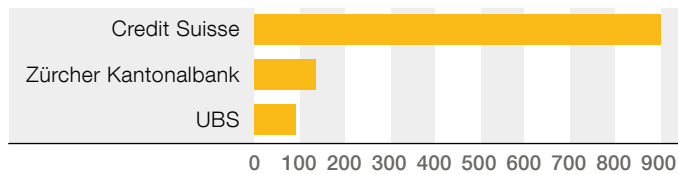
Grafik 1 | Gesamtes Engagement von Schweizer Finanzdienstleistern (Emissionen und Kredite in Mio. USD; Januar 2009–August 2016)



Quelle: Profundo (2016): Links Between Palm Oil Suppliers and Swiss Financial Institutions

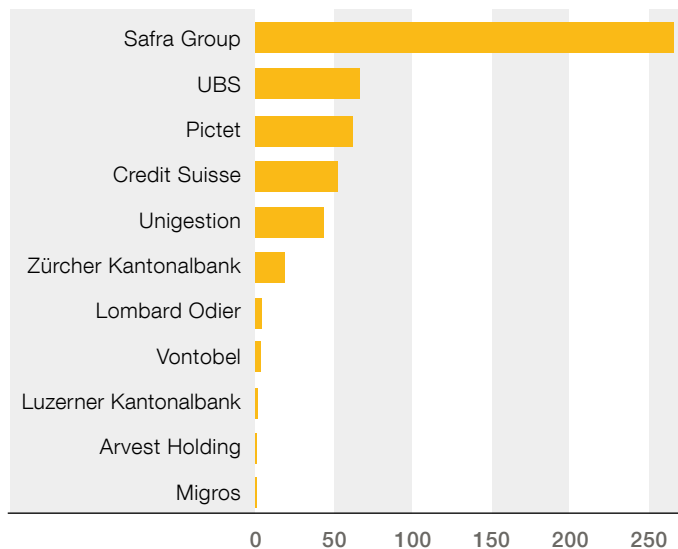
Grafik 2 | Die drei wichtigsten Schweizer

Finanzdienstleister (Emissionen und Kredite in Mio. USD; Januar 2009 – August 2016)



Quelle: Profundo (2016): Links Between Palm Oil Suppliers and Swiss Financial Institutions

Grafik 3 | Investitionen von Schweizer Finanzinstitutionen in Aktien und Anleihen von ausgewählten Palmölkonzernen (in Mio. USD; Stand August 2016)

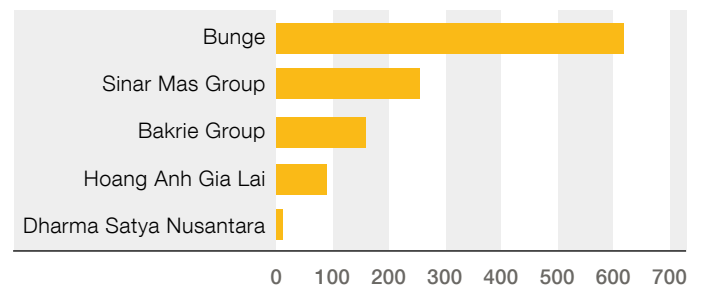


Quelle: Profundo (2016): Links Between Palm Oil Suppliers and Swiss Financial Institutions

Schweizer Finanzdienstleister investieren auch direkt in Aktien und Anleihen von Palmölkonzernen. Aktivster Akteur ist hier die Safra Group (siehe Grafik 3). Sie besass oder verwaltete im August 2016 Aktien der malaysischen IOI Corporation in der Höhe von 266,16 Mio. US-Dollar. Der Aktienbesitz wurde jedoch seit August 2014 um rund 140 Mio. US-Dollar reduziert (Stand 2014: 404,46 Mio. CHF). Weiter halten die UBS und die Credit Suisse jeweils über 50 Mio. an Aktien oder Anleihen von Palmölkonzernen.

Zuletzt zeigt Grafik 4 auf, welche Konzerne die meisten Finanzdienstleistungen aus der Schweiz in Anspruch genommen haben. Spitzenreiter ist der amerikanische Agrarkonzern Bunge mit 615 Mio. US-Dollar, von denen 479 Mio. US-Dollar allein von der Credit Suisse stammten. Weitere Finanzdienste erbrachte die Credit Suisse für die indonesische Sinar Mas Group (164 von 255 Mio. US-Dollar).

Grafik 4 | Palmölkonzerne, die am meisten Finanzdienstleistungen aus der Schweiz in Anspruch genommen haben (Emissionen und Kredite in Mio. USD; Januar 2009 – August 2016)



Quelle: Profundo (2016): Links Between Palm Oil Suppliers and Swiss Financial Institutions

- 1 Bakrie Sumatera Plantations, Indonesien; Bolloré, Frankreich; Bumitama Agri, Malaysia; Bunge, USA; Dharma Satya Nusantara DSN, Indonesien; Equatorial Palm Oil, Grossbritannien; First Resources, Singapur; Golden Agri-Resources, Singapur; Hoang Anh Gia Lai, Vietnam; Indofood Agri Resources, Indonesien; IOI Corporation, Malaysia; Kencana Agri, Singapur; Kuala Lumpur Kepong, Malaysia; Lingui Developments, Malaysia; Qalaa Holdings (früher Citadel Capital), Ägypten; Samling Global, Malaysia; Sampoerna Agro, Indonesien; Sime Darby, Malaysia; Sinar Mas Group, Indonesien; Socfin, Luxemburg; Wilmar, Singapur.
- 2 Arvest Funds AG; Safra Gruppe; Banque Cantonale Vaudoise (BCV); Credit Suisse; Lombard Odier & Cie.; Luzerner Kantonalbank; Migros Bank; Pictet & Cie.; PostFinance; Raiffeisen Genossenschaft Schweiz; Swisscanto Holding; Swiss Life Funds; Swiss & Global Asset Management; UBS; Unigestion; Vontobel; Zürcher Kantonalbank.





Credit Suisse – wichtigster

Schweizer Finanzdienstleister

Walhi-Mitarbeiter Hendrikus Adam zeigt auf eine neu angelegte Ölpalmplantage des indonesischen Konzerns Dharma Satya Nusantara (DSN). Die Credit Suisse hat für DSN zweimalig eine Kapitalbeschaffung mitorganisiert. | © Brot für alle/Miges Baumann

In den vergangenen Jahrzehnten sind auf Kalimantan, dem indonesischen Teil der Insel Borneo, mehrere Millionen Hektar Regenwald abgeholzt und an Firmen vergeben worden. Diese investierten massiv in die Palmölproduktion. Das dafür benötigte Kapital erhielten sie auch mit der Hilfe von Schweizer Finanzinstituten. Die Credit Suisse stellte sich dabei als aktivster Schweizer Akteur heraus.

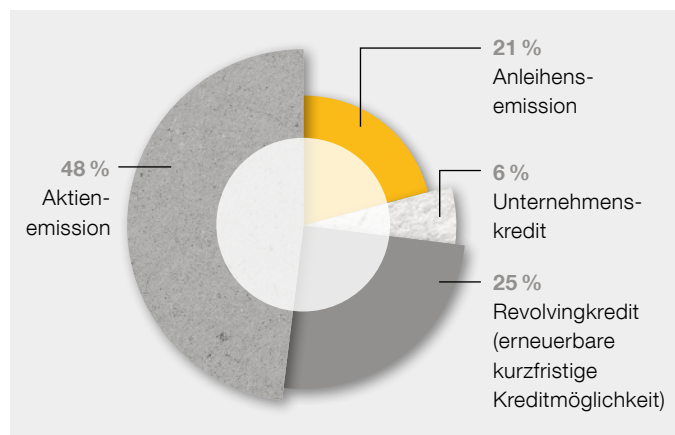
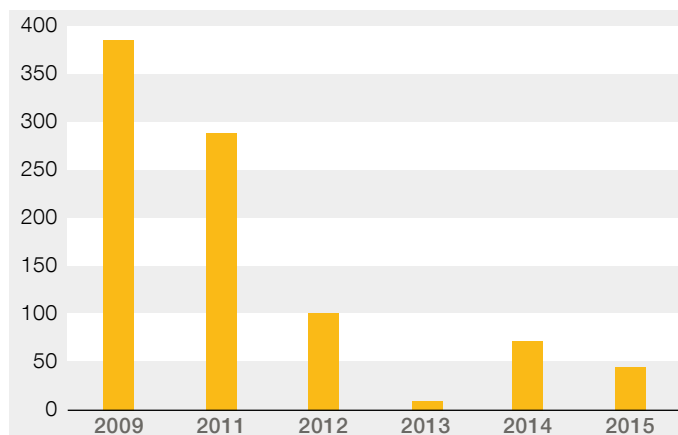
Die Credit Suisse (CS) ist der grösste Schweizer Finanzdienstleister für Palmölkonzerne weltweit. Wie eine Studie von Profundo im Auftrag von *Brot für alle* aufzeigt, hat die CS allein in den Jahren 2009 bis 2016 Dienstleistungen und Kredite in der Höhe von mehr als 900 Millionen US-Dollar für Konzerne erbracht, die in der Palmölindustrie tätig sind. Wie in Grafik 2 zu sehen ist, wurden rund 70 Prozent dieser Summe in Form von Aktien- und Anleihensemissionen beschafft. So hat die CS zum Beispiel auch für den indonesischen Konzern Dharma Satya Nusantara (DSN) zweimalig eine Aktienemission mitorganisiert. Von *Brot für alle* und ihrer Partnerorganisation Walhi untersuchte Ölpalmplantagen der DSN in Kalimantan verursachen schwere Schäden für Mensch und Umwelt (siehe Beitrag «Die Credit Suisse hat das Abholzen von Regenwald mitfinanziert»). Die Dienste der CS am umfangreichsten in Anspruch genommen hat der amerikanische Agrarkonzern Bunge, mit insgesamt

479 Millionen US-Dollar im untersuchten Zeitraum (siehe Grafik 3).

Neben diesen Dienstleistungen, ist die Credit Suisse auch selbst in Besitz von Aktien und Anleihen von Palmölkonzernen. Im August 2016 hielt sie Aktien und Anleihen in der Höhe von 53 Millionen US-Dollar. Die wichtigste Verbindung besteht wiederum zu Bunge, an dem die CS Papiere im Wert von 30 Millionen US-Dollar besass. Wie Grafik 4 zeigt, ist die CS auch an der malaysischen IOI Corporation beteiligt. Diese wurde 2016 wegen Nichteinhalten elementarer Nachhaltigkeitsstandards kurzweilig aus dem Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) ausgeschlossen. Wiederum ein Beispiel für die ungenügende Sorgfaltspflicht der CS, welche mit diesen Engagements ihre eigenen Nachhaltigkeits-Richtlinien und internationalen Standards missachtet hat (siehe Beitrag «Finanzdienstleister haben eine Sorgfaltspflicht»).

Grafiken 1+2 | Dienstleistungen und Kredite der Credit Suisse nach Jahr und Typ

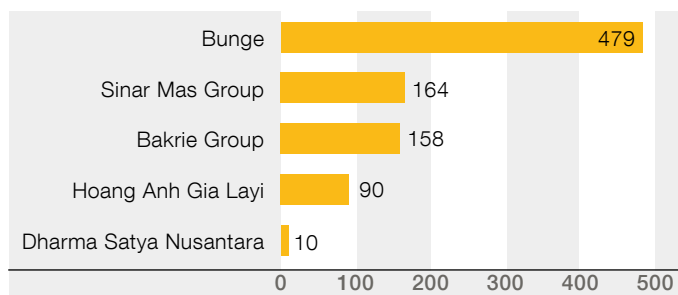
(in Mio. USD, Januar 2009–August 2016)



Quelle: Profundo (2016): Links Between Palm Oil Suppliers and Swiss Financial Institutions

Grafik 3 | Summe der Dienstleistungen und Kredite der Credit Suisse an ausgewählte Konzerne

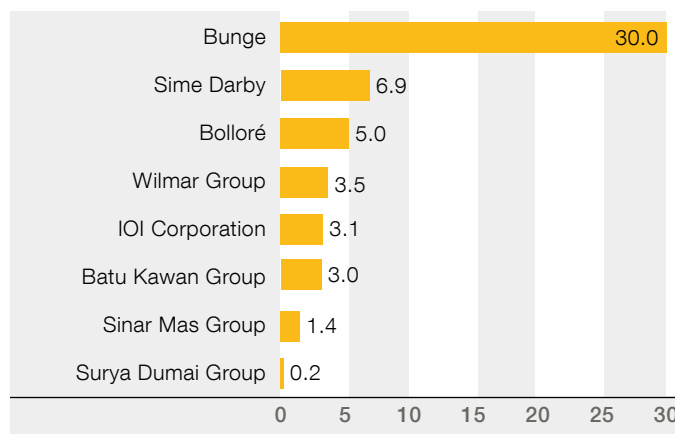
(In Mio. USD, Januar 2009 – August 2016)



Quelle: Profundo (2016): Links Between Palm Oil Suppliers and Swiss Financial Institutions

Grafik 4 | Aktien- und Anleihensbesitz der Credit Suisse an ausgewählten Konzernen

(in Mio. USD, Stand August 2016)



Quelle: Profundo (2016): Links Between Palm Oil Suppliers and Swiss Financial Institutions



Eine Plantage des Konzerns Bumitama Agri, welcher eng mit der IOI Corporation verbunden ist. Auch die Credit Suisse ist beteiligt. Über 90 Prozent des Landes dieser Plantage sind juristisch angefochten oder umstritten. | © Brot für alle/François de Sury



Die Nachhaltigkeitsstandards

der Credit Suisse

Ein Bagger bei der Arbeit auf einer Ölpalmplantage in West-Kalimantan. Die Credit Suisse hat für den Eigentümerkonzern dieser Plantage in den vergangenen Jahren wiederholt Finanzdienstleistungen erbracht. | © Brot für alle/Miges Baumann

Die Credit Suisse Gruppe (CS) investierte in den vergangenen Jahren wiederholt in die globale Palmölindustrie. Gleichzeitig hat sich die Schweizer Grossbank verschiedenen internationalen Standards bezüglich sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit unterstellt. Auch eigene Richtlinien wurden erarbeitet. Bei der Umsetzung bestehen aber Mängel.

Die Verpflichtung zur Nachhaltigkeit ist im [Code of Conduct der Credit Suisse](#) verankert. Darin sind die ethischen Grundwerte und professionellen Standards der Bank festgelegt: «Wir handeln langfristig und setzen uns für ökologische und gesellschaftliche Nachhaltigkeit ein». Dieser Grundsatz wird in der [Erklärung der Credit Suisse zur Nachhaltigkeit](#) nochmals präzisiert. Die Bank verweist dabei ausdrücklich auf die Verantwortung als Finanzdienstleister gegenüber Gesellschaft und Umwelt. Weiter verpflichtet sich die CS, die Standards für Finanzinstitute des Uno-Umweltprogramms (siehe unten) einzuhalten. Zuletzt werden auch die [Äquator-Prinzipien](#) genannt, welche von der CS mitinitiiert wurden und gewisse Normen für Banken bei Projektfinanzierungen festlegen.

Am relevantesten für die Geschäfte der CS mit Palmölkonzernen sind jedoch ihre [Weisungen zur Forst- und Agrarwirtschaft](#). Diese führen verschiedene Aktivitäten von Unternehmen auf, bei denen die CS auf eine Finanzierung bzw. Beratung verzich-

ten sollte. Darunter fallen zum Beispiel Geschäftstätigkeiten in tropischen Primärregenwäldern, Wäldern mit hohem Schutzwert (sogenannter «High Conservation Value Forest», kurz HCVF) oder in Torf- und Mooregebieten, welche als wichtige Speicher von klimaschädlichen Treibhausgasen fungieren. Weiter sind illegaler Holzschlag, unkontrollierte Brandrodung sowie Verstösse gegen lokale Gesetze und die Menschenrechte auf dieser Liste zu finden. Drohen solche Verletzungen, habe die Credit Suisse entsprechende Geschäftsaktivitäten auszuschliessen, steht in den Richtlinien der Bank.

2011 hat die Credit Suisse gemeinsam mit anderen Finanzdienstleistern die sogenannte Thun-Gruppe initiiert. Innerhalb der Thun-Gruppe tauschen die Banken ihre Erfahrung im Umgang mit den UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (siehe unten) aus. Im neusten [Diskussionspapier der Thun-Gruppe](#) von Januar 2017 werden Finanzdienstleister dazu angehalten, ihren Einfluss auf ihre Kunden zu nutzen und Druck

«Es gibt Wirtschaftszweige, die in sozialer oder ökologischer Hinsicht besonders exponiert sind, wie unter anderem die Bereiche Öl und Gas, Bergbau, Stromerzeugung, kontroverse Waffen sowie Forst- und Agrarwirtschaft, inklusive Palmölproduktion. Zur Beurteilung möglicher Transaktionen mit Kunden aus diesen Branchen hat die Credit Suisse spezifische, weltweit gültige Weisungen und Richtlinien festgelegt. Diese definieren Umwelt- und Sozialstandards, deren Einhaltung wir von unseren Kunden erwarten, die in sensitiven Branchen tätig sind, und berücksichtigen Standards internationaler Organisationen wie der Uno oder der Weltbank.»

So positioniert sich die Credit Suisse auf ihrer [Website](#) zu ihrer Verantwortung bezüglich sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit. Wie unzulänglich sie die verschiedenen Richtlinien und Standards befolgt und durchsetzt, steht im Beitrag «Credit Suisse und das Abholzen von Regenwald».

auszuüben, wenn diese Menschenrechtsverletzungen verursachen. Dazu schlägt die Thun-Gruppe verschiedene mögliche Auflagen für Kunden vor, mit welchen die Banken ihre Dienstleistungen verknüpfen können: Dazu gehören die Implementierung von Menschenrechtsrichtlinien, ein erhöhtes Engagement mit den betroffenen Gemeinschaften oder die Schaffung von angemessenen Beschwerdemechanismen. So würde auch die Sorgfaltspflicht der Banken selbst gestärkt.

Die Richtlinien zu Umwelt und Menschenrechten der Vereinten Nationen

Umwelt und Menschenrechte sind zentrale Themen der Vereinten Nationen, mit welchen sich verschiedene Teilorganisationen und Programme beschäftigen. Dazu gehört die [Finanzinitiative des Uno-Umweltprogramms](#), bei der auch die CS Mitglied ist. Sie trägt also den Grundsatz dieser Initiative mit, dass ökonomische Entwicklung zwingend vereinbar sein muss mit menschlicher Wohlfahrt und einer gesunden Umwelt. Finanzinstitute müssen sich demnach für Finanzierungen mit nachhaltiger Ausrichtung einsetzen und auch garantieren, dass ihre Geschäftspartner diese Umweltstandards einhalten. Bezüglich Menschenrechte haben die Vereinten Nationen bereits umfassende Regelwerke erarbeitet. Grundlegende sind in diesem Kontext die [Uno-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte](#). Da die Palmölproduktion und die damit verbundene Abholzung des Regenwalds jedoch vorwiegend indigene Völker bedroht, stehen diese auch besonders im Fokus.

Die [Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker](#) enthält eine wesentliche Forderung, ehe ein Projekt gestartet werden darf: Die freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte vorherige Zustimmung (kurz FPIC, «Free,

Prior and Informed Consent») von indigenen Völkern zu Projekten auf ihrem Land. FPIC soll sicherstellen, dass Staaten und Unternehmen nicht gegen den Willen von indigenen Völkern auf deren Land Grossprojekte durchführen oder die Ressourcen ausbeuten. Dieses Konzept ist ausserdem im [Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation \(ILO\)](#) verankert, welches den indigenen Völkern rechtsverbindlichen Schutz und Anspruch auf eine Vielzahl von Grundrechten gewährt. Hervorzuheben sind dabei vor allem zwei Elemente des Übereinkommens: Erstens, anerkennt und schützt es die spezielle Beziehung indigener Völker zum Land auf und von dem sie leben. Zweitens, betont es das explizite Recht der indigenen Völker, bei Projekten, die sie betreffen, auf allen Ebenen in die Entscheidungsfindungsprozesse miteinbezogen zu werden.

Die RSPO Prinzipien & Kriterien

In den bereits erwähnten sektorspezifischen Weisungen der Credit Suisse zur Forst- und Agrarwirtschaft verlangt die CS von Kunden, die im Palmölsektor tätig sind, dass sie Mitglied des Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) sind – oder sich zumindest formell verpflichten, Mitglied zu werden. Der RSPO ist eine vom WWF mitgetragene Initiative, welche sich der Förderung von nachhaltig angebautem Palmöl widmet. Die [RSPO Prinzipien & Kriterien](#) decken einen breiten Bereich der Palmölproduktion ab. So verlangen sie von den Palmölproduzenten und Verarbeiter unter anderem eine transparente Informationspolitik, ökologische Verantwortlichkeit und die Erhaltung von Biodiversität und natürlichen Ressourcen, die Berücksichtigung von betroffenen Individuen und Gemeinschaften oder eine verantwortungsvolle Entwicklung neuer Plantagen.





Credit Suisse und

das Abholzen von Regenwald

Die Früchte der Ölpalmen werden per Laster zur Weiterverarbeitung in eine Mühle in West-Kalimantan transportiert. Im Hintergrund: Ölpalmplantagen sowohl in der Ebene als auch an den Hängen der Hügelkette. | © Brot für alle/Urs Walter

Brot für alle und ihre Partnerorganisation Walhi haben in West- Kalimantan zwei indonesische Palmölkonzerne untersucht, die von Schweizer Banken unterstützt worden sind. Die Credit Suisse hat zweimalig eine Aktienemission der Dharma Satya Nusantara Gruppe (DSN) mitorganisiert. Auf verschiedenen Ölpalmplantagen der DSN wurden Verstösse gegen verschiedene Nachhaltigkeitsstandards der Grossbank beobachtet.

Besucht wurden fünf Plantagen der DSN im Norden der Provinz West-Kalimantan in den Bezirken Sintang und Kapuas Hulu. Sie wurden erst vor kurzem angelegt, weshalb die DSN dort auch noch keine Palmölmühle in Betrieb genommen hat. Das Anlegen der Ölpalmplantagen hat jedoch bereits eine ganze Reihe ökologischer und sozialer Probleme und Konflikte verursacht. Die Credit Suisse (CS) gibt in ihren verschiedenen internen Richtlinien vor, sich bei ihren Geschäften für ökologische und soziale Nachhaltigkeit einzusetzen (siehe Beitrag «Die Nachhaltigkeitsstandards der Credit Suisse»). Die Befunde der Recherchen von *Brot für alle* und Walhi machen jedoch deutlich, dass die DSN diese Standards wiederholt verletzt.

Ökologische Probleme

Die Aktivitäten der DSN haben die Umwelt stark belastet. So fiel den Ölpalmplantagen ein Gebiet von geschütztem Primärregenwald im Bezirk Sintang zum Opfer. In ihren Weisungen

zur Forst- und Agrarwirtschaft «verzichtet» die CS auf die Finanzierung und Beratung von Unternehmen, welche solche Geschäftsaktivitäten durchführen. Die neuen Plantagen beeinträchtigen auch das Ökosystem des Regenwaldes, insbesondere die Flüsse und Bäche. So berichten Bewohner aus verschiedenen Dörfern in der Nähe von Ölpalmplantagen, dass sich die Wasserqualität der Flüsse stark verschlechtert hat. Im Kriterium 4.4 des Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO), bei dem auch die DSN Mitglied ist, wird aber gefordert, dass die Qualität der Wasserversorgung gewährleistet werden muss. Auch die grossflächige Bepflanzung von steilem Gelände ist gemäss RSPO verboten (Kriterium 7.4). Grund dafür ist, dass dadurch die Hänge aufgeweicht werden, was die Erosion des Bodens verstärkt. Bei Regenfall rutschen diese leichter ab. Dies ist besonders problematisch, wenn Flüsse am Fusse solcher steiler Hänge fließen. Dennoch hat die DSN solche Hänge mit Ölpalmen bepflanzt, wie



Walhi-Mitarbeiter Hendrikus Adam vor Ölpalmsetzlingen in der Provinz Sintang: Das Ansetzen von Ölpalmen direkt am Ufer von Bächen und Flüssen bedroht die Wasserqualität und ist gemäss RSPO-Standards verboten. | ©Brot für alle/Walhi

zum Beispiel Bilder von der DSN-Plantage PT. PSA im Bezirk Sintang zeigen.

Soziale Probleme

Neben den Auswirkungen auf die Umwelt, verursacht die Palmölindustrie auch eine Vielzahl von gesellschaftlichen Problemen für die lokale Bevölkerung. Die betroffenen Menschen, mehrheitlich Angehörige verschiedener Gemeinschaften der Dayak¹, verlieren durch die Aktivitäten der DSN ihre Lebensgrundlage. Die Dayak leben in einer ganz speziellen Beziehung zum Land, welches sie bewohnen. Der Wald und seine natürliche Ressourcen stellen sowohl ihr wirtschaftliches als auch kulturelles Fundament dar. Sie sind eng mit ihrer Umwelt verbunden, weshalb Ölpalmplantagen auf ihrem Land auch ihre kulturellen Traditionen zerstören.

Der Missstand besteht darin, dass die betroffenen Menschen nur ungenügend bzw. falsch über die geplanten Aktivitäten von der DSN informiert worden sind. Dies widerspricht eindeutig dem internationalen Rechtsprinzip, welches «die freiwillige und in Kenntnis der Sachlage erteilte vorherige Zustimmung» (FPIC) gewährleisten soll. Dieses ist zentraler Bestandteil der Rechte von indigenen Völkern. Die Vereinten Nationen (wie auch die Internationale Arbeitsorganisation) und die Konferenz der Biodiversitäts-Konvention haben dieses Prinzip in ihren Richtlinien aufgenommen. Die Credit Suisse hat sich ebenfalls formell dazu bekannt.

Die Realität zeigt jedoch ein anderes Bild: Die DSN hat die betroffenen Gemeinden nur sehr spärlich über ihre geplanten Aktivitäten informiert; die Landübergaben wurden mit regionalen Regierungsvertretern, nicht aber mit den Vorstehern der Gemeinden, beschlossen. Die Kommunen wurden bei den Entscheidungsprozessen übergangen. Zusammen mit der mangelnden Transparenz seitens der DSN haben die Menschen das Gefühl, der Konzern sei «durch die Hintertür» auf ihr Land eingedrungen. Ihnen war oftmals nicht klar, wie viel von ihrem Land und welche Flächen künftig vom Konzern bewirtschaftet würden. Zudem hat die DSN als weitere Gegenleistung für die Landübergabe verschiedene Infrastrukturprojekte versprochen. Die Rede war von einer sauberen Trinkwasserversorgung, dem Bau von Verbindungsstrassen in die umliegenden Städte sowie Gebäuden in den Dörfern. Diese Versprechen wurden bisher nicht eingehalten. So haben die Gemeinden ihr Land vergebens verloren. Das verletzt klar das Rechtsprinzip der FPIC.

Auch ein weiterer Kunde der Credit Suisse, die indonesische Sinar Mas Gruppe, hat auf ihren Ölpalmplantagen mehrfach gegen das indonesische Gesetz sowie gegen die Prinzipien und Kriterien des RSPO verstossen, wie ein Greenpeace-Report aus dem Jahr 2010 aufzeigt.



Die Dayak leben in enger Verbundenheit mit dem Wald, der ihre Dörfer umgibt. Er bedeutet ihre wirtschaftliche, aber vor allem auch ihre kulturelle Lebensgrundlage. Zentrum des Dorfes ist das Langhaus. Dieses Reihenheim für rund zwei Dutzend Familien ist auch Hauptversammlungsort und Arbeitsplatz. | ©Brot für alle/François de Sury

¹ Dayak ist die Sammelbezeichnung für die geschätzt rund 200 verschiedenen Volksstämme der Insel Borneo.

Die untersuchten Ölpalmpflanzungen von DSN und die beobachteten Probleme



Die Dharma Satya Nusantara Gruppe (DSN)

Die DSN wurde 1980 in Jakarta, Indonesien gegründet. Ursprünglich hauptsächlich in der Forst- und Holzwirtschaft tätig, wurden 1997 erste Aktivitäten in der Palmölindustrie aufgenommen. Nach starkem Wachstum, machte diese Sparte 2015 bereits knapp 70 % des gesamten Konzernumsatzes von rund 335 Mio. CHF aus. Im September 2016 hat DSN in der indonesischen Provinz Kalimantan auf der Insel

Borneo rund 90 000 Hektar Land bepflanzt, für weitere 95 000 Hektar bestehen Verträge oder Absichtserklärungen.

Seit 2012 ist die DSN Mitglied des RSPO. Daneben hat sich die DSN jedoch nie offiziell zu den UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte oder den ILO-Kernabkommen bekannt. Die Credit Suisse hat für die DSN im Jahr 2013 zwei Aktienemissionen im Umfang von insgesamt über 10 Mio. USD durchgeführt. Zu den grössten Kunden der DSN gehören die beiden umstrittenen Palmölhändler Wilmar International und Golden Agri-Resources.

PT. Kencana Alam Permai (PT. KAP), Bezirk Sintang

- Mangelnde Transparenz und ungenügende Informationspolitik seitens des Konzerns
- Unklarheiten über Höhe und Umfang der Entschädigungen für die Landübergabe
- Eingeschränkter Zugang für die Gemeindebevölkerung zu ihren Feldern
- Präsenz des Konzerns hat zu Differenzen und Unstimmigkeiten innerhalb der Gemeinden geführt
- Gebiete mit Primärwald sind durch die Aktivitäten des Konzerns bedroht
- Wassermenge und -qualität der Flüsse hat sich massiv verschlechtert
- Plantagen werden in steilem Gelände angelegt, die Bodenerosion der Hänge steigt
- Tiefe Rohstoffpreise (vor allem von Kautschuk) machten die Gemeinden besonders anfällig dafür, ihr Land überhastet dem Konzern zu übergeben.



Pak Janggut, 84. Er ist spiritueller Führer verschiedener Dörfer der Dayak in Kapuas Hulu, West-Kalimantan | ©Brot für alle/François de Sury

«Was die Palmölfirmen machen, ist verheerend. Sie schlagen den Urwald kahl, produzieren Abfall, zerstören den sozialen Zusammenhalt. Wie soll die Bevölkerung überleben, wenn alles kahl ist? Sie wird kein Gemüse, keine Nahrung haben. Wir dürfen auch keine Fische mehr fangen. Und die Konzerne arbeiten mit der Polizei und der Armee zusammen. Wenn du deine Unterschrift gibst, kannst du dich gleich töten, denn wo könnten wir dann noch leben? Unsere Umwelt ist unsere Lebensgrundlage. Deshalb lehnt die Bevölkerung die Plantagen ab.»

Von Ölpalmen umgeben: die Plantagen der PT. KAP reichen bis ganz dicht an die Häuser der Arbeiter und Dorfbewohner heran. Nur die Baumkronen im Hintergrund zeugen davon, dass hier bis vor kurzem noch Regenwald stand. | ©Brot für alle/Walhi.



PT. Prima Sawit Andalan (PT. PSA), Bezirk Sintang

- Betroffene Gemeinden wurden nicht in den Entscheidungsfindungsprozess miteinbezogen
- Mangelnde Transparenz und ungenügende Informationspolitik seitens des Konzerns
- Unklarheiten über Höhe und Umfang der Entschädigungen für Landübergabe
- Gemeindemitglieder trauen sich nicht, offen über ihr Unrecht zu reden. Sie wurden vom Konzern eingeschüchtert.
- Keine oder nur schlechte Bezahlung der Plantagenarbeiter
- Landübergaben wurden nicht formell beurkundet
- Verschmutzung der umliegenden Flüsse und angelegte Plantagen in steilem Gelände



Pak Toni aus dem Dorf Nanga Pari, Bezirk Sintang | ©Brot für alle/ François de Sury

«Wir als Gemeinde sind sehr enttäuscht von der Firma PT PSA. Sie versprach, dass sich unsere Lebensbedingungen verbessern würden, was sich jedoch als reines Lippenbekenntnis herausstellte. Es gab Land Grabbing, sie haben auch gemeinschaftliches Land der Gemeinde genommen.»



Die Ölpalmplantage der PT. PSA in der Provinz Sintang: Abholzung der Bäume und das Anlegen von Plantagen in steilem Gelände verstärkt die Bodenerosion und bedroht die Wassermenge und –qualität der umliegenden Flüsse. Gemäss den Prinzipien & Standards des RSPO sind auch Plantagen direkt an Flussufern verboten. | ©Brot für alle/Walhi.

PT. Dharma Persada Sejahtera (PT. DPS), Bezirk Sintang

- Mangelnde Transparenz und schlechte Informationspolitik seitens des Konzerns
- Betroffene Bevölkerung wurde nicht in den Entscheidungsfindungsprozess involviert, was auch Konflikte innerhalb der Gemeinde geschürt hat
- Menschen haben deshalb das Gefühl, der Konzern sei durch die Hintertür auf ihr Land eingedrungen.
- Arbeiter (insbesondere Frauen) wurden nur ungenügend für ihre Aufgaben geschult und arbeiten mit schlechten Hilfsmitteln
- Plantagen wurden an Flussufern und in steilem Gelände angelegt.



Der Eingang zur Ölpalmplantage von PT. DPS in der Nähe des Dorfes Bernayau, Bezirk Sintang. | ©Brot für alle/ Miges Baumann

PT. Rimba Utara (PT. RU) und PT. Mandiri Agrotama Lestari (PT. MAL), Bezirk Kapuas Hulu

- Stand Herbst 2016 wurden in dieser Region noch keine Plantagen angelegt.
- Die Dörfer sind praktisch nur auf dem Flussweg erreichbar.
- Es gibt Widerstand seitens der lokalen Bevölkerung gegen die Aktivitäten von DSN.
- Verschiedene Vertreter der Dayak haben sich 2012 in einem gemeinsamen Statement gegen Palmölplantagen in diesem Gebiet ausgesprochen.



Marselus Alek, aus dem Dorf Ulak Pauk, Bezirk Kapuas Hulu | © Brot für alle/François de Sury

«Die Firma PT. Rimba Utara kam hierhin, ohne die Bevölkerung zu informieren, ohne deren Zustimmung einzuholen oder das Vorgehen zu erklären, wie die Firma hier arbeiten würde. Was noch schlimmer ist: in der Gegend verletzen sie die Rechte der Bevölkerung, weil auch die Dörfer im Gebiet ihrer Plantage stehen.»



Im Innern des langen Hauses des Dorfes Sungai Utik im Bezirk Kapuas Hulu: Eine Frau flechtet eine typische Rattan-Matte. | © Brot für alle/WMiges Baumann

Fakten und Schäden der Palmölindustrie in West-Kalimantan

Fakta dan Dampak yang Terjadi

Smog beim Abbrennen der Rodungsflächen und bei Torfbränden

Verschmutzung des (Trink-)Wassers

Pencemaran Air

**Hak Kepemilikan Lahan Beralih
Verlust des Rechts, die Felder auszuwählen (Bodenrecht)**

**Hilangnya Situs Budaya
Verlust der Kultur-Orte**

**Kriminalisierung der Bevölkerung
Kriminalisasi Masyarakat**

**Banjir
Überschwemmungen**

**Oberflächenbedeckung durch Wald geht verloren (erhöhte Bodenerosion)
Hamparan Hutan Hilang**

Konflik di Masyarakat

**Pemiskinan Masyarakat
Verarmung der Bevölkerung**

Konflikte mit den Plantagen

Was die Aktivitäten der Palmölkonzerne in West-Kalimantan für Mensch und Umwelt bedeuten, stellt Walhi auf einem Kampagnenplakat dar. | © Brot für alle/Miges Walhi



Safragruppe besitzt Aktien

der umstrittenen IOI Corporation

Die Häuser der Plantagenarbeiter stehen gleich neben der Ölpalmplantage und der Mühle einer Tochterfirma des indonesischen Palmölkonzerns Bumitama Agri Ltd. Dieser ist eng verflochten mit der viel kritisierten IOI Corporation. | © Brot für alle/Miges Baumann

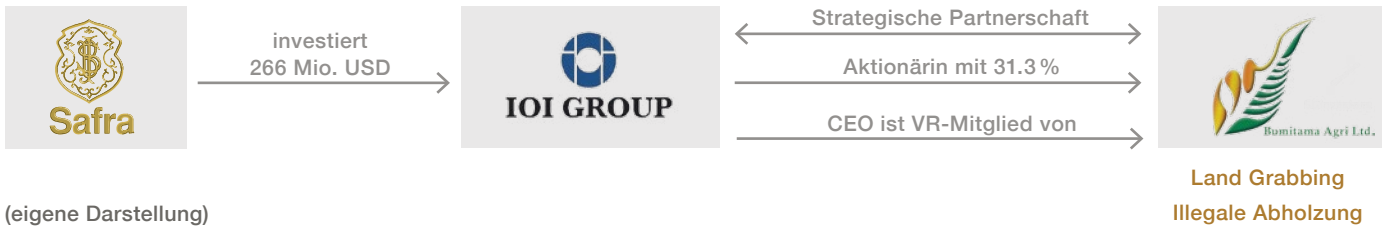
Die Safragruppe, zu der auch die Basler Privatbank J. Safrasarasin gehört, hält den grössten Aktienbesitz aller Schweizer Finanzdienstleister an einem Palmölkonzern. Im August 2016 hielt die Bankengruppe Aktien im Wert von rund 266 Mio. US-Dollar an der malaysischen Palmöl-Firmengruppe IOI Corporation und gehört somit zu den 15 weltweit grössten Aktienhaltern im Palmölsektor. Zwei Jahre zuvor waren es noch 404 Mio. US-Dollar gewesen. Seit 2014 beobachtet Brot für alle die Verbindungen der Safragruppe mit dem umstrittenen Palmölkonzern.

Die IOI Corporation ist einer der weltweit grössten Palmölproduzenten und -händler und eng verflochten mit dem indonesischen Konzern Bumitama Agri Ltd. (siehe Grafik 1). Sie hält rund 1/3 der Aktien von Bumitama Agri. Dieser wiederum besitzt über verschiedene Tochterunternehmen mehr als 190 000 Hektar Land in Zentral- und West-Kalimantan. Die Ölpalmplantagen dieser Firmen liefern wegen Menschenrechtsverletzungen, Landkonflikten, miserablen Arbeitsbedingungen, illegalen Abholzungen, Zerstörung von Mooren und Waldbränden immer wieder negative Schlagzeilen. Eine davon ist die PT. Ladang Sawit Mas (PT. LSM) im Bezirk Ketapang in West-Kalimantan. Sie wird von Walhi, einer Partnerorganisation von Brot für alle, beobachtet. Illegales Abholzen von Regenwald sowie das Anlegen von Ölpalmplantagen in Sumpf- und Moor-

gebieten sind hier üblich, obschon gemäss den Standards des Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) verboten.

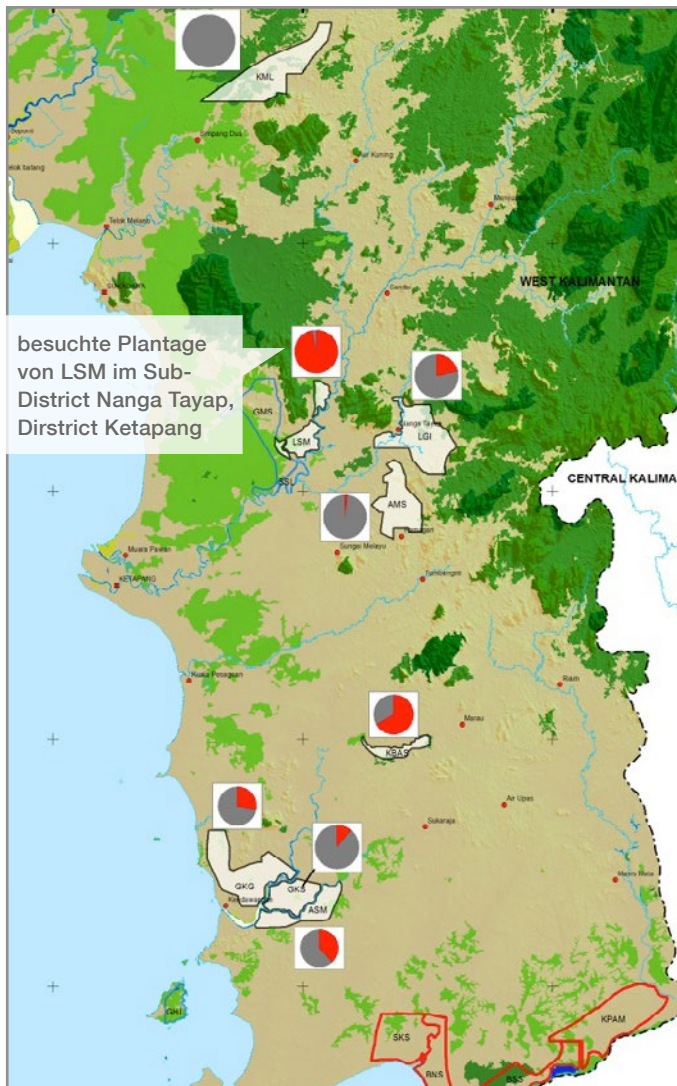
Wegen einer Reihe solcher Verstösse wurde die IOI Corporation im Sommer 2016 gar zeitweilig aus dem RSPO ausgeschlossen. Der Konzern erfüllte also nicht mal die elementaren Standards des RSPO. IOI und Bumitama Agri sind jedoch in einer komplexen Struktur auch gemeinsam an weiteren Palmölfirmen beteiligt. Darunter zwei Holding-Gesellschaften, welche zusammen fünf Ölpalmplantagen mit einer Landfläche von 58 000 Hektar im Bezirk Ketapang in West-Kalimantan besitzen. Die IOI Corporation hält über ihre Gesellschaft Oleander Capital Resources einen Anteil von 67% an diesen Firmen.

Grafik 1 | Die Verbindung der Safra-Gruppe mit den beiden Palmölkonzernen IOI und Bumitama Agri



(eigene Darstellung)

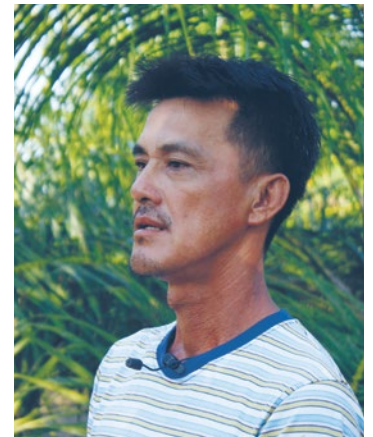
Grafik 2 | Plantagen von Bumitama Agri im Bezirk Ketapang, West-Kalimantan



rote Fläche = prozentualer Anteil des Landes, das umstritten/ angefochten ist

Quelle: Chain Reaction Research/Profundo (2014): Comprehensive Risk Analysis: Bumitama Agri Ltd.

Landkonflikte zwischen der lokalen Bevölkerung und der IOI Corporation bzw. Bumitama Agri gibt es viele. Durchschnittlich sind 41% des Landes von Bumitama Agri juristisch angefochten, bei PT. LSM sind es gar über 90%. Von diesen Plantagen betroffene Gemeinden werden von Walhi durch Advocacy und Rechtsberatung in ihrer Gegenwehr unterstützt.



Aby Lei aus Sungai Kelik ist eine jener Personen, die mit PT. LSM einen Landkonflikt austragen. Mit seiner Familie wehrt er sich vor Gericht – doch der Fall wird seit Jahren verschleppt. | © Brot für alle/Urs Walter

«Mein Verwandter hat Land von der Gemeinde gekauft. Aber der Konzern Bumitama Agri hat uns für seine Plantage ohne Begründung 36 Hektar Land weggenommen und darauf Ölpalmen angepflanzt.»



BROT FÜR ALLE FASTENOPFER

Auskunft: Miges Baumann (Leiter Entwicklungspolitik), baumann@bfa-ppp.ch, 031 380 65 65; www.brotfueralle.ch; Urs Walter (Medienarbeit), walter@bfa-ppp.ch, 031 380 65 71

Februar 2017



Die Forderungen

von Brot für alle und Fastenopfer

An die Schweizer Finanzdienstleister

1. Fordern Sie die Einhaltung der Menschenrechte und der international anerkannten Nachhaltigkeitsstandards von ihren Kunden ein!
2. Stoppen Sie die Geschäfte mit Unternehmen, die Land Grabbing betreiben und dabei Millionen von Menschen die Lebensgrundlage nehmen – insbesondere in Indonesien!

An die Schweizer Politik

Keine Zollvergünstigungen für Palmöl aus Malaysia und Indonesien im Rahmen der bilateralen Handelsverträge!



BROT FÜR ALLE
PAIN POUR LE PROCHAIN
PANE PER TUTTI

Brot für alle – Wir bewegen Menschen

Brot für alle ist die Entwicklungsorganisation der Evangelischen Kirchen der Schweiz. Wir engagieren uns im Norden wie im Süden für einen Wandel hin zu neuen Modellen der Nahrungsmittelproduktion und der Wirtschaft. Diese setzen auf Kooperation zwischen den Menschen und fördern den Respekt gegenüber den natürlichen Ressourcen. Mit Sensibilisierungsarbeit und hoffnungsvollen Alternativen motivieren wir Menschen dazu, selber Teil des nötigen Wandels zu werden.

Brot für alle

Zentralsekretariat | Bürenstrasse 12 | Postfach 1015 | 3000 Bern 23
Telefon 031 380 65 65 | bfa@bfa-ppp.ch | www.brotfueralle.ch
Postkonto 40-984-9



FASTENOPFER
ACTION DE CARÊME
SACRIFICIO QUARESIMALE

Fastenopfer: Wandel wagen – globale Gerechtigkeit fördern

Fastenopfer ist das Hilfswerk der Katholikinnen und Katholiken in der Schweiz. Wir setzen uns ein für benachteiligte Menschen – für eine gerechtere Welt und die Überwindung von Hunger und Armut. Wir fördern soziale, kulturelle, wirtschaftliche und auch individuelle Veränderungen hin zu einer nachhaltigen Lebensweise. Dafür arbeiten wir mit Partnerorganisationen in 14 Ländern in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie mit Organisationen in der Schweiz zusammen.

Fastenopfer

Hauptsitz | Postfach 2856 | Alpenquai 4 | 6002 Luzern
Telefon 041 227 59 59 | mail@fastenopfer.ch | www.fastenopfer.ch
Postkonto 60-19191-7